

Welcher Weg kann Frieden bringen?

Zusammenfassung

Nahezu ein Jahr nachdem die Russische Föderation ihren Angriffskrieg gegen die Ukraine begonnen hat, wird die Sehnsucht nach Frieden immer größer. Befürchtungen bis hin zum Ausbruch eines Dritten Welt- oder gar Atomkriegs werden laut. Verschiedene angedachte Wege zu einem Friedensschluss werden aufgezeigt und analysiert. Frieden könnte erreicht werden; die Konsequenzen der unterschiedlichen Wege werden dargestellt. Ein sicherer Weg zu einem Frieden ist jedoch nicht erkennbar.

Die Situation

Seit fast einem Jahr herrscht Krieg in Europa. Am 24. Februar 2022 ließ der Präsident der Russischen Föderation, Wladimir Wladimirowitsch Putin, seine Truppen in das Staatsgebiet der Ukraine außerhalb der bereits seit 2014 besetzten Regionen des Donbass und der Krim einmarschieren – mit dem erklärten Ziel, die angeblich von Neonazis gestellte Regierung dieses Landes zu beseitigen und es vollständig unter seine Kontrolle zu bringen. Obwohl er diese als „militärische Spezialoperation“ bezeichnete Unternehmung als „Befreiungsaktion“ gestartet und offenbar auf tatkräftige Unterstützung der ukrainischen Bevölkerung gehofft hatte, stellte sich – übrigens recht schnell – heraus, dass sich die von ihm selbst als „ein (russisches) Volk“ bezeichneten Ukrainer keinesfalls „befreien“ lassen wollten, sondern der Invasion vielmehr entschlossenen Widerstand entgegensetzten (und immer noch entgegensetzen).

Dieser Krieg brach (unter anderem) aus, weil sich die Ukraine nach 2014 immer mehr dem Westen zu- und von dem angeblichen russischen Brudervolk immer mehr abgewendet hatte (den Versuch einer umfassenden Darstellung und Analyse der diesen Krieg wenn schon nicht auslösenden, so doch wesentlich begünstigenden Faktoren habe ich mit der am 20.04.2022 fertiggestellten Ausarbeitung [„Putins Angriff auf die Ukraine“](#) unternommen). Obwohl es sich zwar formal um einen Angriff auf die Ukraine, bei näherem Hinsehen aber darüber hinaus auch auf westliche Werte und damit letztlich auf „den Westen“ selbst handelte (Putin bzw. sein Verteidigungsminister Sergei Schoigu sprach bereits im September 2022 davon, sich „im

Krieg mit der NATO“ zu befinden¹), war dieser (in Gestalt der nicht westeuropäischen Staaten der NATO, aber auch der USA) zunächst in der militärischen Unterstützung der Ukraine eher zögerlich. Begründet wurde diese Haltung mit dem Argument, die NATO wolle und dürfe nicht Kriegspartei werden, der (bewaffnete) Konflikt müsse auf die Ukraine begrenzt bleiben.² Inzwischen wird die Ukraine jedoch recht massiv mit Waffen unterstützt. Auch Deutschland hat seine die Lieferung von Kampfpanzern betreffende Zurückhaltung kürzlich zugunsten einer gemeinsamen Haltung verschiedener NATO-Staaten aufgegeben. Diese sind nach ukrainischer Auffassung notwendig, um zum einen erwartete neuerliche russische Angriffe abwehren und zudem von den russischen Streitkräften besetzte Gebiete zurückerobern zu können. Eine von der Ukraine gewünschte Lieferung von Kampfjets wird von Deutschland bislang abgelehnt, soll aber nach Angaben von NATO-Generalsekretär Jens Stoltenberg auf einer Tagung des Bündnisses am 14. Februar 2023 erörtert werden.

Das Dilemma

Diese Sachlage mündet in ein Dilemma: Immer mehr Waffen in die Ukraine zu liefern, führt auch zu immer mehr Toten. Und natürlich beinhaltet jede neue gelieferte Waffengattung die Gefahr einer Eskalation, einer Verschärfung und Ausweitung des Konflikts. Zudem kosten nicht nur die Waffenlieferungen Geld; um Russland nach Möglichkeit die Mittel für die Weiterführung des Krieges zu entziehen, sind Sanktionen gegen das Land verhängt worden, die allerdings nicht nur der russischen Wirtschaft Schaden zufügen, sondern auch den Wirtschaften der Länder, die sie verhängt haben. So ist in Deutschland im Jahr 2022 die Inflation in der Spitze auf 10% gestiegen, und fast alle Menschen in diesem Land (und in ganz Europa) haben einen Wohlstandsverlust erlitten. Es muss daher nicht verwundern, dass neben der durchaus bestehenden Unterstützung für Waffenlieferungen in der Bevölkerung auch immer wieder angemahnt wird, sich um mehr diplomatische Initiativen zur Herbeiführung von Frieden zu bemühen. Und auch der ukrainische Vize-Außenminister und ehemalige Botschafter in Deutschland, Andrij Melnyk, betont am 7. Februar 2023 im Interview mit dem ZDF-Morgenmagazin, bei allen Forderungen nach weiterer Unterstützung seines Landes durch Waffenlieferungen wünsche sich dessen Bevölkerung „nichts sehnlicher als Frieden“ (übrigens eine Bemerkung, die den Anstoß für diese Arbeit gegeben hat).

¹ vgl. etwa <https://www.heute.at/s/teilmobilmachung-sergei-schoigu-ab-jetzt-krieg-mit-nato-und-dem-westen-100229023>

² Zwar ist es richtig und wichtig, eine Ausweitung dieses Krieges zu vermeiden: nicht völlig zu Unrecht sind nach seinem Ausbruch immer wieder Befürchtungen geäußert worden, dass er in einen 3. Weltkrieg münden könnte. Allerdings ist auch zu berücksichtigen, dass sich die Frage, ob und wann ein Land oder die NATO als Ganzes „Kriegspartei“ wird, weniger an der Einhaltung bzw. Verletzung völkerrechtlicher Normen als vielmehr an der (insoweit völlig willkürlichen) Einschätzung Wladimir Putins entscheiden dürfte.

Frieden ist etwas absolut Erstrebenswertes. Mit dem Begriff „Frieden“ verbindet sich ein Gefühl der Sicherheit; nur im Zustand des Friedens kann so etwas wie Wohlstand errungen und erhalten werden. Aber was ist überhaupt „Frieden“? Schauen wir zunächst einmal nach; was uns Wikipedia hierzu anbietet. Bemerkenswert ist zunächst einmal, dass dort eine Unterscheidung zwischen „Frieden“ und „Friede“ getroffen wird:

➤ „Friede oder Frieden ... ist allgemein definiert als ein heilsamer Zustand der Stille oder Ruhe, als die Abwesenheit von Störung oder Beunruhigung und besonders von Krieg. Frieden ist das Ergebnis der Tugend von ‚Friedfertigkeit‘ und damit verbundener Friedensbemühungen.“

➤ „*Friede* ist im heutigen Sprachgebrauch der allgemeine Zustand zwischen Menschen, Gruppen oder Staaten, in dem bestehende Konflikte in rechtlich festgelegten Normen ohne Gewalt ausgetragen werden. Der Begriff bezeichnet einen Zustand in der Beziehung zwischen Völkern und Staaten, der den Krieg zur Durchsetzung von Politik ausschließt“³

Hier stoßen wir auf ein grundlegendes Problem: Was ist zur Beendigung dieses Konflikts anzustreben: Frieden oder *Friede*? Wenn ich recht erinnere, wies in einer „tagesthemen“-Sendung im Jahr 2022 eine Friedensforscherin darauf hin, dass streng genommen seit dem Ende des Zweiten Weltkriegs Frieden in Europa „immer nur die Abwesenheit von Krieg“ gewesen sei. Überträgt man diese Erkenntnis auf den Russland-Ukraine-Konflikt, dann kommt man wohl recht schnell zu dem Schluss, dass ein „Frieden“ hier wohl relativ rasch herzustellen wäre, „Friede“ damit allerdings ebenso weit entfernt wäre wie bei einer Fortsetzung der Kampfhandlungen. Und ebenso offensichtlich dürfte sein, dass ein solcher „Frieden“ der Ukraine wenig bis nichts nützen würde.

Wege aus dem Dilemma

Der „Sofort-Frieden“

„Frieden“ in dem zuletzt definierten Sinne bietet übrigens Russland durchaus an. Aus Moskau war mehrfach zu hören, die Waffen könnten sofort schweigen, die Ukraine müsse lediglich „ihren sinnlosen Widerstand beenden“. Angesichts dessen, was sich in den (zeitweise) von russischen Truppen besetzten Gebieten der Ukraine abspielt, hat ein nicht anders als „zynisch“ zu bezeichnendes Angebot. Putin betont zwar, Russen und Ukrainer seien „ein Volk“⁴; da er aber gleichzeitig behauptet, die Ukraine werde von Neonazis regiert und ihr darüber hinaus eine Eigenstaatlichkeit

³ vgl. <https://de.wikipedia.org/wiki/Frieden>

⁴ vgl. „Über die historische Einheit der Russen und Ukrainer“, dt. Übersetzung auf [http://www.kuehlerkopf.de/documents/Ueber_die_historische_Einheit_der_Russen_und_Ukrainer_\(Putin-Aufsatz_2021\).pdf](http://www.kuehlerkopf.de/documents/Ueber_die_historische_Einheit_der_Russen_und_Ukrainer_(Putin-Aufsatz_2021).pdf).

komplett abspricht, hat er offenbar nichts dagegen einzuwenden, wenn seine Truppen in den von ihnen besetzten Gebieten die (aus seiner Sicht) Unterstützer dieser „Neonazis“ und ihrer „westlichen Besatzer“ mit übelsten Methoden foltern und/oder kaltblütig ermorden. Folglich kann man sich ausmalen, was auf die Bevölkerung in den bereits von Russland besetzten Gebieten (weiterhin) zukommen würde, sollte es zu einem solchen „Frieden“ kommen. Und selbstverständlich würde ein solcher „Frieden“ eben in keiner Weise ausschließen, dass seine Truppen nicht jederzeit wieder losschlagen und erneut versuchen würden, die gesamte Ukraine einzunehmen (vgl. den vorstehend dargestellten Unterschied Frieden – *Friede*).

Mit einem solchen „Frieden“ wäre möglicherweise den Unterstützermächten der Ukraine gedient – die Betonung liegt hier aber auf „möglicherweise“. Denn einer der Partner eines solchen Abkommens – Russland – würde dieses keineswegs in „friedensbewegter Absicht“ schließen. Das bedeutet: Diese Unterstützermächte wären zwar (kurzfristig) von den (direkten) Kosten des Krieges entlastet, und für den Fall, dass sie sich entschließen würden, auch die Russland auferlegten Sanktionen (sofort?) zu beenden, würden vermutlich auch die durch diese entstandenen bzw. entstehenden Belastungen ihrer Volkswirtschaften zurückgehen, womit wiederum Entlastungen für ihre Bürgerinnen und Bürger erreicht werden könnten. Diese Sofort-Wirkung würde sicherlich viele von den mittelbaren Folgen dieses Krieges betroffene Menschen, möglicherweise auch Regierungen oder Parlamente einiger der Unterstützermächte zufriedenstellen; es muss aber befürchtet werden, dass es bei dieser „Sofort-Wirkung“ bleiben wird, dass dieser Frieden nicht nachhaltig sein wird – eben weil einer der Partner nicht an dem Zustand interessiert ist, der mit dem Begriff *Friede* bezeichnet wird.

In keiner Weise gedient wäre mit einem solchen „Frieden“ den Interessen der Ukrainerinnen und Ukrainer. Sie würden in einer vergleichbaren, ja in einer schlimmeren Situation als der leben müssen, in der sie bereits seit 2014 gelebt haben⁵. Sie müssten jederzeit damit rechnen, dass seitens der Russischen Föderation erneut Kampfhandlungen mit dem Ziel aufgenommen werden würden, doch noch das gesamte Staatsgebiet der Ukraine unter ihre Kontrolle zu bringen und so das erklärte Ziel Wladimir Putins zu erreichen, den Zustand der Eigenstaatlichkeit dieses Landes zu beenden.

Somit handelte es sich um einen extrem instabilen, brüchigen „Frieden“. Dies umso mehr, als Wladimir Putin und andere, seine Ideen und Vorstellungen von der Zukunft

⁵ Nur zur Erinnerung: Damals hatte die Russische Föderation die Halbinsel Krim annektiert und in den Gebieten Donezk und Luhansk mit Hilfe von „Separatisten“ bürgerkriegsähnliche Zustände geschaffen. Im Zuge des aktuellen Krieges sind in diesen (und weiteren, zu Beginn des Krieges besetzten) Gebieten „Volksrepubliken“ ausgerufen und – unter Missachtung des Völkerrechts – der Russischen Föderation zugeschlagen worden.

der Russischen Föderation teilende Politiker dieses Landes (einmal mehr!⁶) den Eindruck gewinnen könnten (müssten[?]), dass sich militärische Aggression „lohnt“. So müsste befürchtet werden, dass früher oder später auch die Staaten des Baltikums oder gar Polen (trotz Zugehörigkeit zur NATO) Ziel russischer Annexionsbestrebungen werden könnten.

Der „Verhandlungs“-Frieden

Es gibt immer mehr Menschen, die zwar anerkennen, dass die Ukraine von der Russischen Föderation angegriffen wurde, dieser Angriff einen Bruch des Völkerrechts darstellt, die Ukraine sich daher gegen diesen Angriff wehren und auch mit Waffen unterstützt werden darf, die aber andererseits die Auffassung vertreten, dass angesichts der Tatsache der nunmehr genehmigten Lieferungen von Kampfpanzern und der Diskussion um Kampfjet-Lieferungen weitere Waffenlieferungen gestoppt und „der Diplomatie eine Chance gegeben“ werden müsse. Stellvertretend für diese Auffassung sei der Aufruf genannt, den u.a. die Frauenrechtlerin Alice Schwarzer und die nicht unumstrittene Linken-Politikerin Sarah Wagenknecht am 11. Februar 2023 als Petition bei change.org veröffentlicht haben.⁷ Dieser Aufruf schließt mit den Worten: „Wir fordern den Bundeskanzler auf, die Eskalation der Waffenlieferungen zu stoppen. Jetzt! Er sollte sich auf deutscher wie europäischer Ebene an die Spitze einer starken Allianz für einen Waffenstillstand und für Friedensverhandlungen setzen. Jetzt! Denn jeder verlorene Tag kostet bis zu 1.000 weitere Menschenleben – und bringt uns einem 3. Weltkrieg näher.“

Der Aufruf hebt darauf ab, der ukrainische Präsident Wolodymyr Selenskyj habe das klare Ziel formuliert, nicht nur die von Russland besetzten Gebiete im Osten des Landes zurückzuerobern, sondern auch die Annexion der Krim rückgängig zu machen. Spätestens dieses Vorhaben lasse jedoch befürchten, dass Wladimir Putin „zu einem maximalen Gegenschlag ausholt“ – mit der Gefahr, „unaufhaltsam auf eine Rutschbahn Richtung Weltkrieg und Atomkrieg“ zu geraten. Nun ist ohne Weiteres zuzugeben, dass diese Befürchtungen keineswegs völlig unbegründet sind. Auch ich persönlich vermag im Moment keinen realistischen Weg zu erkennen, wie die Krim mit militärischen Mitteln wieder in das Staatsgebiet der Ukraine eingegliedert werden könnte – jedenfalls nicht, ohne eine zumindest heftige Reaktion Russlands auszulösen.

Dennoch muss man sich vergegenwärtigen, welche Folgen mit einer Umsetzung dieses Appells (und anderer vergleichbarer Vorstellungen) verbunden wären. Erstens:

⁶ Hier spiele ich nicht nur auf die vorstehend geschilderte Situation in der Ukraine nach 2014, sondern auch die mit militärischen Mitteln erreichte Ausweitung des russischen Machtbereichs etwa in Georgien oder der Republik Moldau (Transnistrien) an.

⁷ s. <https://www.change.org/p/manifest-f%C3%BCr-frieden>

Formal ist die Ukraine angegriffen worden⁸. Der an den deutschen Bundeskanzler Olaf Scholz gerichtete Appell sieht aber – jedenfalls seinem Wortlaut zufolge – eine Einbeziehung der ukrainischen Führung oder gar des ukrainischen Volkes in die Initiierung von Friedensbemühungen nicht vor. Das bedeutet im Ergebnis nichts anderes, als dass mit einem solchen Vorgehen der Ukraine nicht nur vonseiten Russlands, sondern auch durch ihre westlichen Verbündeten die Souveränität wenn auch vielleicht nicht vollständig abgesprochen, so doch in einem nicht unerheblichen Ausmaß beschnitten werden würde. Zweitens: Die Ukraine müsste auf die von den russischen Truppen und ihren Söldnern bis jetzt besetzten Teile ihres Staatsgebiets (zunächst einmal) verzichten und ihre dort noch lebenden Staatsbürger den Übergriffen der Besatzer schutzlos ausliefern (vgl. hierzu den Abschnitt „Der ‚Sofort‘-Frieden“) – für unbestimmte Zeit. Ein solches Vorgehen bedeutete daher im Ergebnis eine Schwächung der Position „des Westens“: Das Vertrauen in seine Bereitschaft, die von ihm vertretenen und in seinen Ländern gelebten Werte auch tatsächlich gegen Angriffe totalitärer Mächte zu verteidigen, wäre ernsthaft infrage gestellt, und diese Mächte würden zu weiteren Angriffen dieser Art ermutigt werden.

Allerdings scheint es aktuell noch einen weiteren Ansatz für einen im Wesentlichen auf Verhandlungen beruhenden Frieden zu geben. In den Nachrichtensendungen der ARD vom Abend des 11. Februar 2023 wurde über derzeit laufende Beratungen der UN-Vollversammlung über eine nach derzeitigem Stand am 23. Februar 2023 (dem Vorabend des 1. Jahrestages des Kriegsbeginns) zu verabschiedende Resolution berichtet, mit der der Rahmen für Friedensgespräche (-verhandlungen[?]) geschaffen werden solle. Eine am 12. Februar 2023 hierzu durchgeführte Online-Recherche zu näheren Einzelheiten dieser Beratungen blieb zwar insoweit ergebnislos; sie förderte jedoch den auf faz.net veröffentlichten Artikel „Wo bleiben die Vereinten Nationen?“ von Prof. Dr. Ulrich Fastenrath, Völkerrechtler und ehemaliger Wissenschaftlicher Direktor des interdisziplinären Zentrums für internationale Studien an der Technischen Universität Dresden, zutage⁹, in dem sehr übersichtlich und nachvollziehbar Grundzüge möglicher durch die UN-Vollversammlung zu treffender Entscheidungen dargestellt werden. Prof. Fastenrath legt in seiner Arbeit auch dar, dass nach den Regularien und bereits verabschiedeten Beschlüssen der Vereinten Nationen im Rahmen einer endgültigen Friedenslösung die territoriale Integrität der Ukraine uneinge-

⁸ Mir ist sehr bewusst, dass ich mich hier auf „argumentatives Glatteis“ begeben, weil andererseits klar ist, dass der russische Angriff auf die Ukraine nicht nur diesem Land gilt, sondern zugleich einen Angriff auf „westliche Werte“ wie Demokratie und Meinungsfreiheit darstellt. Das dürfte auch der tiefere Grund dafür sein, dass Zusammenschlüsse wie NATO und G7 an vorderster Front bei der Unterstützung des ukrainischen Abwehrkampfes stehen. Dennoch bin ich der festen Überzeugung, dass Bemühungen zur Beilegung dieses Konfliktes nicht ohne die ohne Repressalien zustande gekommene Zustimmung der Ukraine eingeleitet werden dürfen. Zu „Repressalien“ zähle ich an dieser Stelle auch Drohungen hinsichtlich einer Einstellung oder Verringerung der militärischen Unterstützung.

⁹ online auf <https://www.faz.net/aktuell/politik/staat-und-recht/wo-bleiben-die-vereinten-nationen-18663816.html>

schränkt wiederhergestellt werden müsse – einschließlich der Krim. Er räumt ein, dass dieser von ihm vorgeschlagene „multilaterale Ansatz“ keineswegs zum Erfolg führen müsse; dennoch sei seine Verfolgung einen Versuch durchaus wert. Einstweilen werde es jedoch noch darauf ankommen, die Ukraine in eine Position der Stärke zu bringen, weshalb sich die Diskussion um Waffenlieferungen noch nicht erübrige.

Der „Stärke“-Frieden

Es wäre sicher zu begrüßen, wenn es zu einem „Verhandlungs“-Frieden kommen könnte, wobei der zuletzt skizzierten Alternative unbedingt der Vorzug einzuräumen wäre. Jedoch betont selbst Prof. Fastenrath, es sei unsicher, ob es zu einer solchen Lösung kommen könne. Mir persönlich scheint insbesondere fraglich, ob die Russische Föderation dazu bewegt werden kann, einem international besetzten Gremium außerhalb der Regularien des UN-Sicherheitsrates, aber gleichwohl bestehend aus dessen Mitgliedern zuzüglich der Ukraine, zur Erarbeitung einer endgültigen Friedensregelung zu diesem Konflikt zuzustimmen. So ist es nicht verwunderlich, dass derzeit offenbar (vornehmlich[?]) der Ansatz verfolgt wird, die Verantwortlichen der Russischen Föderation durch die Erreichung einer Position militärischer Stärke zu der Erkenntnis zu bringen, dass die mit der „militärischen Spezialoperation“ verfolgten Ziele nicht erreicht werden können:

Das ursprünglich verfolgte Ziel dürfte mit einer recht hohen Wahrscheinlichkeit (es wurde bereits angedeutet) die Beendigung der Eigenstaatlichkeit der Ukraine und die Eingliederung von deren Staatsgebiet in die Russische Föderation gewesen sein. Ob dieses Ziel auch ca. ein Jahr nach Beginn dieses Krieges weiterhin verfolgt wird, ist wohl (wenn überhaupt) eher Gegenstand geheimdienstlicher Ermittlungen, möglicherweise auch ausschließlich von Spekulationen. Vorrangig dürfte es im Februar 2023 eher darum gehen, die neu errichteten „Volksrepubliken“ Donezk und Luhansk sowie die im September 2022 als „unabhängig“ anerkannten Gebiete Cherson und Saporischja¹⁰ vollständig unter Kontrolle zu bringen.¹¹ Klar dürfte zudem sein, dass zu diesem Zeitpunkt eine Aufgabe der Halbinsel Krim durch die Russische Föderation kaum denkbar erscheint.

Einen Frieden auf der Basis einer solchen militärischen Stärke zu erreichen, ist allem Anschein nach derzeit das Ziel der ukrainischen Führung unter ihrem Präsidenten Wolodymyr Selenskyj. Inwieweit dies auch das (politische) Ziel der die Ukraine militärisch (und logistisch) unterstützenden Staaten ist, ist unklar. Zu Beginn des Krieges (nachdem sich abzeichnete, dass das ursprünglich von der Russischen Föderation

¹⁰ vgl. hierzu <https://www.welt.de/politik/ausland/article241344981/Ost-Ukraine-Putin-erkennt-Cherson-und-Saporischschja-als-unabhaengig-an.html>

¹¹ Selbst zum Zeitpunkt dieser „Anerkennung“ war keines dieser vier Gebieten vollständig unter Kontrolle der russischen Streitkräfte; die Stadt Cherson wurde im weiteren Verlauf sogar kampfflos von den russischen Truppen geräumt.

anscheinend verfolgte Ziel einer schnellen Invasion der gesamten Ukraine und der Sturz ihrer Regierung nicht erreichbar sein würde) wurde von US-Seite das Ziel formuliert, Russland müsse daran gehindert werden, nochmals einen solchen Angriff auf einen anderen souveränen Staat führen zu können. Nachdem es ukrainischen Streitkräften ab dem Spätsommer 2022 gelungen war, beträchtliche Teile des zuvor von russischen Truppen besetzten Staatsgebiets zurückzuerobern, wurde seitens des Präsidenten Selenskyj das Ziel formuliert, die russische Besetzung aller ukrainischen Gebiete einschließlich der Krim (auf militärischem Weg[?]) zu beenden, um aus dieser Position der Stärke heraus Friedensverhandlungen zu beginnen. Ob und inwieweit die Unterstützermächte der Ukraine diese Position und die mit ihr verbundene Strategie teilen bzw. unterstützen, ist undeutlich. Während seitens der USA, aber auch Großbritanniens immer wieder erklärt wird, die Ukraine müsse „siegen“, formuliert der deutsche Bundeskanzler Olaf Scholz beharrlich immer wieder, Russland dürfe „diesen Krieg nicht gewinnen“. Es ist ohne Wenn und Aber einzuräumen, dass es sich hierbei um eine äußerst riskante Strategie handelt.

Aber handelt es sich tatsächlich um eine solche? Um dies (nach Möglichkeit) herauszufinden, bedürfen die verwendeten Begriffe einer Klärung, um die verfolgten Ziele konkret einschätzen zu können. Wie muss (sollte) ein „Sieg“ der Ukraine aussehen? Ist er bereits erreicht, wenn die russischen Truppen auf die Stellungen zurückgeworfen werden, die sie vor dem 24. Februar 2022 innehatten; bedeutet er, dass die seit 2014 von „Separatisten“ kontrollierten Gebiete im Osten der Ukraine wieder unter deren vollständiger Kontrolle sein müssen; beinhaltet er darüber hinaus die Wiedereingliederung der Krim in das ukrainische Staatsgebiet, oder muss er gar (dies ist zugegebenermaßen eine sehr hypothetische, lediglich einer weiten Interpretation des Begriffs „Sieg“ geschuldete Überlegung) einen Einmarsch nach Russland und eine Unterwerfung dieses Landes umfassen? Ebenso wenig deutlich ist, was die vom deutschen Bundeskanzler aufgestellte Prämisse beinhaltet, Russland dürfe „diesen Krieg nicht gewinnen“. Reicht es dafür aus, dass die vollständige Einnahme des Landes und der Sturz seiner Regierung verhindert wird? Bedeutet es, dass sich die russischen Truppen (und möglicherweise die die „Separatisten“ in der Ostukraine unterstützenden Söldner oder sogar die „Separatisten“ selbst) aus den Gebieten in der Ostukraine zurückziehen müssen? Und was ist mit der Krim?¹² Es ist festzuhalten, dass diese Fragen – jedenfalls für die breite Öffentlichkeit – derzeit ungeklärt sind. Unklar ist folglich insoweit auch die von den Unterstützermächten verfolgte Strategie zur Erreichung einer Friedenslösung in diesem Konflikt. Klar scheint jedoch auch diesen Mächten zu sein (jedenfalls wird es trotz aller Diskussionen um weitere

¹² Es sei an die von Prof. Fastenrath vertretene Position erinnert, dass nach den Regularien der Vereinten Nationen jegliche Aneignung ukrainischen Territoriums durch Russland völkerrechtswidrig zustande gekommen sei und daher eine endgültige Friedenslösung auch die Wiedereingliederung der Krim in das ukrainische Staatsgebiet umfassen müsse.

Waffenlieferungen an die Ukraine immer wieder einmal betont), dass am Ende dieses Konflikts Friedensverhandlungen stehen müssen.

Friedensverhandlungen sind – das ist den Kritikern von „immer mehr Waffenlieferungen“ durchaus zuzugeben – derzeit nicht in Sicht. Stattdessen ist ungeklärt, ob die Fortsetzung und weitere Intensivierung der Waffenlieferungen den Weg hin zu einer Friedenslösung aus einer Position der Stärke heraus zu ebnen vermag oder im Gegenteil eine Eskalation bis hin zu einem Dritten Welt- und sogar einem Atomkrieg auslösen würde. Beide Entwicklungen sind denkbar und damit möglich. Fraglich ist allerdings, ob es – wie etwa die Unterstützer des Aufrufs zum Stopp weiterer Waffenlieferungen meinen – moralisch vertretbar und damit zulässig ist, der Ukraine die von ihr erbetene weitere oder gar die ihr bislang geleistete militärische Unterstützung zu verweigern bzw. vorzuenthalten und sie so – gewissermaßen mit (mehr oder weniger sanftem) Druck zur Annahme bzw. Einleitung einer von ihr so nicht gewollten Friedenslösung zu bewegen.

Was bleibt?

Nach der Betrachtung der verschiedenen sich nach einem knappen Jahr des Krieges zwischen der Russischen Föderation und der Ukraine darstellenden Wege, die zu einem Frieden führen könnten, drängen sich zwei Erkenntnisse auf:

- Es gibt unterschiedliche (Be-)Deutungen der Begriffe „Frieden“ und „Friede“, wobei „Friede“ den gewissermaßen umfassenderen Zustand beschreibt, der eine *Friedensbereitschaft* aller beteiligten Parteien voraussetzt;
- Frieden zu fordern ist ein recht einfaches Geschäft. Ihn zu erreichen und dabei allen beteiligten Parteien gerecht zu werden, erweist sich im Gegensatz hierzu als äußerst kompliziert.

Im Einzelnen:

Ein „*Sofort*“-Frieden könnte zwar schnell und sogar unkompliziert erreicht werden, stellte aber keine wirkliche Lösung des Konflikts dar und würde die mit diesem verbundenen Probleme nicht lösen, sondern lediglich in die Zukunft verlagern.

Zwei Arten eines „*Verhandlungs*“-Friedens sind denkbar. Wenn allerdings die Verhandlungen durch eine Einstellung oder auch nur Verringerung der (militärischen) Unterstützung der Ukraine eingeleitet bzw. erreicht werden sollen, würde dies zu kaum hinnehmbaren und wenig erwünschten Folgen führen; selbst wenn ein solches Vorgehen zum Erfolg führen sollte, müsste es angesichts seiner möglichen politischen Auswirkungen als problematisch angesehen werden. (Die Gründe hierfür sind auf S. 5 f. ausführlich dargelegt). Zu begrüßen wäre dagegen eine Lösung, die auf einem Tätigwerden der UN-Vollversammlung unter strikter Anwendung der Regeln

und Grundsätze der Vereinten Nationen beruht. Es bleibt allerdings die Frage, ob die Russische Föderation einem solchen Vorgehen zustimmen würde.

Die Herbeiführung eines „*Stärke*“-Friedens scheint derzeit insbesondere von der ukrainischen Führung favorisiert zu werden. Unsicher ist, ob und inwieweit dieses Vorhaben von den Unterstützermächten der Ukraine unterstützt bzw. mitgetragen wird. Da in diesem Zusammenhang verschiedene und zudem in ihrer Bedeutung nicht geklärte Begriffe verwendet werden, ist zudem nicht klar, welche Strategie von diesen Mächten verfolgt wird bzw. ob es überhaupt eine solche gibt. Dieser mögliche Weg zur Erreichung eines Friedens ist mit den größten Unwägbarkeiten verknüpft, weil eine Eskalation des Konflikts bis hin zur Auslösung eines Dritten Welt- oder gar Atomkriegs nicht ausgeschlossen werden kann.

Ergebnis

Ein sicherer Weg zu einem Frieden in dem Konflikt zwischen der Russischen Föderation und der Ukraine ist ein knappes Jahr nach dem Ausbruch dieses Krieges nicht erkennbar. Einfache Lösungen wie der Vorschlag, stärker auf Diplomatie als auf Waffenlieferungen zu setzen, sind wohlfeil, erweisen sich jedoch als kaum bis nicht umsetzbar (insbesondere, weil eine echte Friedensbereitschaft seitens der Russischen Föderation nicht erkennbar ist). Am ehesten von Erfolg gekrönt könnte ein Einsatz seitens der Vollversammlung der Vereinten Nationen für die Etablierung einer umfassenden Friedenslösung sein. Es erscheint jedoch unsicher, ob ein solches Vorgehen die Zustimmung der Verantwortlichen der Russischen Föderation finden wird.

Düsseldorf, den 14.02.2023